SWP-Aktuell
NR. 57 NOVEMBER 2026

»Premiumpartner« Deutschland und Japan

Vom Gleichklang zum gemeinsamen Handeln

Alexandra Sakaki

Der erste Japan-Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz am 28. und 29. Oktober 2026 unterstrich die wachsende strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen Deutschland und Japan, die einander als verlässliche Partner mit gemeinsamen Interessen und Werten sehen. Das Gipfeltreffen mit Premierministerin Takaichi Sanae rückte zwei für beide Länder zentrale Herausforderungen in den Mittelpunkt, nämlich wirtschaftliche Sicherheit sowie Sicherheits- und Verteidigungskooperation. Berlin und Tokio wollen ihre Zusammenarbeit in diesen Bereichen vertiefen und bei Schlüssel- und Zukunftstechnologien enger kooperieren. Das verspricht Vorteile für beide Seiten: Durch die Bündelung ihrer komplementären Stärken in Wirtschaft, Technologie und Industrie können sie ihre Resilienz steigern, Abhängigkeiten verringern und ihre Verteidigungsfähigkeit erhöhen. Bislang wird dieses Potential nur unzureichend genutzt. Angesichts wachsender geopolitischer und geoökonomischer Verwerfungen gilt es nun, den Absichtserklärungen zügig konkrete Projekte folgen zu lassen. Deren Umsetzung sollte mit der wachsenden Bedeutung der Partnerschaft Schritt halten.

Bundeskanzler Merz besuchte Japan im Rahmen einer fünftägigen Asienreise, die ihn auch nach Singapur und Südkorea führte. In einer Grundsatzrede in Singapur warb er für engere Zusammenarbeit mit asiatischen mittleren Mächten, um einseitige Abhängigkeiten zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Angesichts wachsender globaler Handelsbeschränkungen sprach er sich für offene Märkte und verlässliche internationale Regeln aus. Konkret schlug er vor, die EU möge ein Abkommen mit der Transpazifischen Partnerschaft (CPTPP) abschließen, in der Japan als eines der zwölf Mitglieder eine Führungsrolle spielt. In Tokio warb er darüber hinaus für eine globale Allianz gleichgesinnter Staaten zur Verteidigung des freien Welthandels und zur Unterstützung der Welthandelsorganisation (WTO). Den Abschluss der Reise bildete die Teilnahme an der 19. Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft in Südkoreas Hauptstadt Seoul. Begleitet wurde Merz von einer dreißigköpfigen Wirtschaftsdelegation.



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Deutschland und Japan verabschiedeten drei substantielle Erklärungen, und zwar zur strategischen Zusammenarbeit, zur Wirtschaftssicherheit und zur Hochtechnologiekooperation. Neben den politischen Gesprächen nahm Merz am Deutsch-Japanischen Wirtschaftsgipfel teil und besuchte das Start-up Kyoto Fusioneering, das mit Siemens Energy und weiteren deutschen Unternehmen kooperiert. Damit ließ er erkennen, dass er großes Potential in der bilateralen Zusammenarbeit bei der Schlüsseltechnologie Fusionsenergie sieht. Im Rahmen der Reise wurden zudem 30 Kooperationsvereinbarungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren geschlossen.

Aufwertung der bilateralen Beziehungen

Der Besuch steht im Kontext einer Partnerschaft, die in den vergangenen fünf Jahren an Dichte und Verbindlichkeit gewonnen hat. Dies zeigt sich sowohl in den engeren politischen Kontakten zwischen den Regierungen als auch im intensiveren Austausch zwischen Ministerien, Parlamenten und Streitkräften. Auch institutionell sind die Beziehungen inzwischen fester verankert. Auf japanischen Vorschlag trafen sich die Außen- und die Verteidigungsminister der beiden Länder 2021 und 2022 im sogenannten 2+2-Format, um über geopolitische Veränderungen und sicherheitspolitische Herausforderungen zu sprechen. Auf deutsche Initiative fanden im März 2023 erstmals deutsch-japanische Regierungskonsultationen statt, zu denen der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz mit sechs seiner Minister nach Tokio reiste. Überdies wurde 2025 der Austausch unter den Außenministern zu einem Strategischen Dialog aufgewertet. Bei ihrer Zusammenkunft im Oktober 2026 verständigten sich Merz und Takaichi darauf, im kommenden Jahr eine weitere Runde der Regierungskonsultationen abzuhalten und auch das nächste 2+2-Treffen möglichst bald abzuhalten. Beide Seiten unterstrichen den Stellenwert ihrer Beziehungen, indem sie einander als »Premiumpartner« bezeichneten.

Parallel dazu hat sich die Zusammenarbeit inhaltlich erweitert. Standen früher Handel, Wissenschaft, Kultur und die Abstimmung in multilateralen Foren im Mittelpunkt, sind in den vergangenen fünf Jahren wirtschaftliche Sicherheit sowie Sicherheits- und Verteidigungskooperation hinzugekommen. Damit gewinnt die Partnerschaft eine strategische Dimension, in der nationale Sicherheit und Resilienz mehr Gewicht erhalten.

Eine wichtige rechtliche Grundlage für die vertiefte Zusammenarbeit wurde mit dem deutsch-japanischen Geheimschutzabkommen geschaffen, das 2021 unterzeichnet wurde. Es regelt Austausch und Schutz von Verschlusssachen, wie etwa von Lageberichten, Bedrohungsanalysen oder sensiblen Informationen zu Lieferketten, Hochtechnologie oder Rüstungsprojekten. Ohne diesen rechtlichen Rahmen für das Teilen sicherheitsrelevanter Informationen wäre enge Kooperation bei Wirtschaftssicherheit oder Verteidigung kaum möglich.

Wesentlicher Treiber der bilateralen Annäherung ist der tiefgreifende Wandel des internationalen Umfelds. Die Sicherheit Europas ist immer enger mit jener des Indo-Pazifiks verflochten, wie Russlands Krieg gegen die Ukraine und die vertiefte Zusammenarbeit Moskaus mit Peking und Pjöngjang zeigen. Gleichzeitig mehren sich die Zweifel an der Verlässlichkeit der USA als wichtigstem Garanten für die Sicherheit in Europa und Asien. Hinzu kommt die geoökonomische Dimension. Während China Abhängigkeiten bei Rohstoffen und Technologien gezielt als Druckmittel einsetzt, belasten US-Zölle den Welthandel. Zudem offenbart die krisenhafte Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, wie angreifbar Energieversorgung und Seewege sind. Damit wachsen für die exportorientierten Volkswirtschaften Deutschlands und Japans die Risiken und mit ihnen der Anreiz, durch vertiefte bilaterale Kooperationen ihre Resilienz zu stärken, gemeinsame Interessen wirksamer zu vertreten und für

den Erhalt der regelbasierten internationalen Ordnung einzutreten.

Ihren Wert hat die vertiefte Partnerschaft in den vergangenen Jahren durch konkrete wechselseitige Solidarität unter Beweis gestellt. Seit Russlands Angriff auf die Ukraine verurteilt Japan den Bruch des Völkerrechts, steht geschlossen an der Seite seiner europäischen Partner und trägt die G7-Sanktionen gegen Russland mit. Japan ist mit bilateral zugewiesenen Hilfsmitteln von mehr als 14 Milliarden Euro bis Ende August 2026 der wichtigste Nicht-Nato-Staat unter den Unterstützern Kyjiws und trägt damit erheblich zu Europas Sicherheit bei. Deutschland wiederum trat einseitigen gewaltsamen Veränderungen des Status quo in Asien entgegen und äußerte Besorgnis über Chinas expansives Vorgehen im Ost- und im Südchinesischen Meer sowie in der Taiwanstraße. Wiederholte Entsendungen von Bundeswehreinheiten seit 2021 sowie die Teilnahme an bi- und multilateralen Übungen mit Partnern wie Japan belegten Deutschlands Bereitschaft, sein politisches Bekenntnis zu Stabilität und Sicherheit im Indo-Pazifik mit eigenen Ressourcen zu untermauern. In Japan schuf dieses Signal Vertrauen und verhalf dazu, den diplomatischen und sicherheitspolitischen Austausch zu intensivieren.

Wirtschaftliche Sicherheit rückt auf die bilaterale Agenda

Wirtschaftssicherheitspolitik hat zum Ziel, die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft zu stärken, einseitige Abhängigkeiten zu verringern und die nationale Handlungsfähigkeit gegenüber äußeren Risiken zu wahren. Im Mittelpunkt stehen der Schutz kritischer Lieferketten, Infrastrukturen und Technologien sowie die Förderung strategisch relevanter Zukunftsfelder.

In den vergangenen Jahren haben Deutschland und Japan wirtschaftliche Sicherheit jeweils als eigenständiges Politikfeld etabliert. Japan hat dabei früh die Weichen gestellt. Nachdem China 2010 seine Ausfuhren Seltener Erden nach Japan beschränkt hatte, steigerte Tokio systematisch die wirtschaftliche Resilienz des Landes. Seither genießt das Thema parteiübergreifend hohe politische Aufmerksamkeit und ist als fester Bestandteil nationaler Sicherheit verankert. So verabschiedete die japanische Regierung 2022 ein umfassendes Wirtschaftssicherheitsgesetz, das im Juni 2026 mit einer Novelle überarbeitet wurde. Deutschland verfolgt ähnliche Ziele sowohl auf europäischer Ebene, etwa mit der EU-Strategie für wirtschaftliche Sicherheit von 2023, als auch durch nationale Maßnahmen wie den 2024 aufgesetzten Rohstofffonds und das im Januar 2026 verabschiedete KRITIS-Dachgesetz zum Schutz kritischer Infrastruktur.

Wirtschaftliche Sicherheit lässt sich aber weder durch nationale Maßnahmen Japans und Deutschlands noch durch europäische Initiativen allein gewährleisten. Sie erfordert auch die internationale Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern. So unterhalten beide Länder beispielsweise enge Partnerschaften mit Australien und Kanada, die wichtige Lieferanten kritischer Rohstoffe sind. Eine engere deutsch-japanische Kooperation könnte dazu beitragen, diese Netzwerke besser zu nutzen, Ressourcen zu bündeln und komplementäre Stärken einzubringen.

Erste politische und institutionelle Grundlagen dafür sind bereits geschaffen. Bei den deutsch-japanischen Regierungskonsultationen 2023 stand wirtschaftliche Sicherheit als Kernthema auf der bilateralen Agenda. Während des Deutschland-Besuchs des damaligen japanischen Premierministers Kishida Fumio im Juli 2024 vereinbarten die beiden Seiten zudem einen eigenen Dialog zur wirtschaftlichen Sicherheit, der in zwei Runden im November 2024 und Oktober 2025 tagte. An den Gesprächen zu Themen wie resilienten Lieferketten, kritischen Rohstoffen und dem Schutz von Hochtechnologien beteiligten sich Vertreter verschiedener Ministerien sowie des Bundeskanzleramts und des japanischen National Security Secretariat.

Praktische Kooperation für mehr wirtschaftliche Resilienz

Bislang wurde der politische Dialog allerdings nur begrenzt in konkrete bilaterale Vorhaben übersetzt. Anknüpfungspunkte für vertiefte Zusammenarbeit existieren bereits in Forschung und Entwicklung bei strategisch relevanten Technologien. Dazu zählen laufende gemeinsame Projekte in Bereichen wie Quantentechnologie, Fusionsenergie, Wasserstoff, KI-basierte Robotik, Halbleiter sowie Telekommunikation der nächsten Generation. Der beim jüngsten Gipfel neu eingerichtete KI-Dialog auf der Ebene des Staatssekretärs beziehungsweise des Vizeministers bietet die Möglichkeit, die bilaterale Zusammenarbeit bei KI umfassend zu vertiefen — von gemeinsamer Forschung über sichere und resiliente Lieferketten bis hin zur KI-Sicherheit. Ferner wird in der verabschiedeten Erklärung die Hochtechnologiekooperation ausdrücklich als Teil der wirtschaftlichen Sicherheit eingeordnet, und übermäßige Abhängigkeiten von bestimmten technologischen Infrastrukturen werden als strukturelle Verwundbarkeit benannt. Gemeinsame Forschung und industrielle Kooperation sollen daher nicht nur Innovation fördern, sondern auch die wirtschaftliche Resilienz stärken.

Neben der technologischen Zusammenarbeit bedarf es jedoch weiterer konkreter Vorhaben, um wirtschaftliche Verwundbarkeiten zu verringern und die Versorgung mit strategisch wichtigen Gütern wie Seltenen Erden abzusichern. Im Zuge des Besuchs wurden hierfür Ansatzpunkte geschaffen, nicht nur durch die Erklärung zur Wirtschaftssicherheit, sondern auch durch eine Absichtserklärung der Wirtschaftsministerien beider Seiten zur Zusammenarbeit bei kritischen Rohstoffen. Berlin und Tokio wollen Förderung, Verhüttung, Raffination und Verarbeitung dieser Rohstoffe ausbauen und mit vereinten Kräften vor allem im Kontext der G7-Staaten das Recycling und die strategische Bevorratung voranbringen. Daran anknüpfend könnten Deutschland und Japan etwa Minenprojekte in Drittstaaten gemeinsam finanzieren oder durch Abnahmevereinbarungen (offtake agreements) unterstützen. Auch das Recycling von Elektronikschrott zur Gewinnung Seltener Erden bietet Kooperationspotential, da beide Länder über entsprechende Expertise verfügen. Japan hat schon zusammen mit Frankreich ein Projekt zur Rückgewinnung sogenannter schwerer Seltener Erden aufgesetzt, deren Lieferketten weitgehend von China dominiert werden. Weitere Ansatzpunkte für die Kooperation gibt es etwa bei Halbleitern oder bei Batterien für die Elektromobilität. Die für dieses Jahr angekündigte dritte Runde des deutsch-japanischen Dialogs zur wirtschaftlichen Sicherheit sollte genutzt werden, um gemeinsame Projekte zu identifizieren und ihre Umsetzung politisch zu flankieren.

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan bildet einen weiteren wichtigen Rahmen, um die Kooperation im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit zu vertiefen. Im Jahr 2023 vereinbarten die Europäische Kommission und die japanische Rohstoffsicherungsbehörde JOGMEC einen engeren Informations- und Wissensaustausch entlang der gesamten Wertschöpfungskette kritischer Rohstoffe, der auch potentielle Bergbau-, Verarbeitungs- und Recyclingprojekte sowie deren Finanzierung umfasst. Mit der 2025 geschlossenen EU-Japan Competitiveness Alliance bekräftigten die beiden Seiten ihr Ziel, strategische Abhängigkeiten zu vermindern, Lieferketten widerstandsfähiger zu machen und vereint auf wirtschaftlichen Zwang und wettbewerbsverzerrende Praktiken zu reagieren. Schon zuvor hatte die EU im 2024 in Kraft getretenen Critical Raw Materials Act für die von ihr als strategisch eingestuften Rohstoffe festgelegt, dass bis 2030 höchstens 65 Prozent des jährlichen Bedarfs jeweils aus einem einzelnen Drittland stammen sollen. Um sich diesem Diversifizierungsziel rascher zu nähern, sollte Deutschland sich der bestehenden Kooperationsformate bedienen. Mit diesen könnten Japan als strategischer Partner beim Aufbau resilienter Lieferketten eingebunden und gemeinsame Vorhaben auch mit weiteren europäischen Partnern vorangetrieben werden.

Darüber hinaus sollte Deutschland auf EU-Ebene darauf hinwirken, die Zusammenarbeit mit Japan auch in anderen Bereichen der wirtschaftlichen Sicherheit zu intensivieren, etwa beim Umgang mit wirtschaftlichem Zwang und bei der Absicherung sensibler Technologien.

Beim Schutz der europäischen Industrie vor chinesischen Überkapazitäten und Subventionen muss die EU in Betracht ziehen, dass ihre Maßnahmen auch strategische Partner wie Japan treffen können. Während des Kanzlerbesuchs kam die Sorge vor möglichen Nachteilen für japanische Unternehmen wiederholt zur Sprache, insbesondere mit Blick auf den geplanten Industrial Accelerator Act. Die darin vorgesehenen Anforderungen an die lokale Wertschöpfung bergen das Risiko, japanische Unternehmen zu benachteiligen. Deutschland sollte sich daher zusammen mit gleichgesinnten Mitgliedstaaten dafür einsetzen, dass Japan als vertrauenswürdiger Partner bei der Ausgestaltung des Gesetzes berücksichtigt wird und japanische Produkte und Vorleistungen bei der Erfüllung europäischer Anforderungen weitgehend denen aus der EU gleichgestellt werden. Damit ließen sich europäische Schutzinteressen wahren, ohne durch neue Handelshemmnisse für strategische Partner die Diversifizierung von Lieferketten zu erschweren.

Dynamik in der Sicherheits- und Verteidigungskooperation

Aufgrund der angespannten Bedrohungslage richten Deutschland und Japan ihre Sicherheitspolitik seit 2022 grundlegend neu aus. Deutschland hat nicht nur ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen beschlossen, sondern stockt auch seinen regulären Verteidigungshaushalt deutlich auf, und Japan hat seine Verteidigungsausgaben seit 2022 um mehr als 70 Prozent auf etwa neun Billionen Yen (rund 51 Milliarden Euro) erhöht. In Japan besteht breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens darüber, dass sicherheitspolitische Reformen notwendig sind, doch die Meinungen über Finanzierung und konkrete Ausgestaltung gehen teils auseinander. Beide Länder passen ihre Streitkräfte den veränderten Anforderungen an, ziehen Lehren aus der modernen Kriegsführung und bauen Fähigkeiten für neue Operationsräume wie den Weltraum aus. Zudem erkennen sie, dass glaubwürdige Abschreckung eine Rüstungsindustrie voraussetzt, die im Krisenfall rasch zusätzliche Kapazitäten mobilisieren kann. Auch der Schutz des Informations- und Cyberraums gewinnt an Bedeutung. Beide Länder sehen sich immer häufiger hybriden Einflussoperationen ausgesetzt, die von ausländischer Informationsmanipulation bis zu Cyberangriffen auf staatliche Institutionen und kritische Infrastrukturen reichen.

Die parallele Neuausrichtung der deutschen und der japanischen Sicherheitspolitik erhöht auch das Interesse an einer engeren Zusammenarbeit der beiden Länder. Neben dem sicherheitspolitischen Austausch erweitern sie ihre militärische Kooperation durch gemeinsame Übungen, die alle Teilstreitkräfte umfassen und zugleich die Interoperabilität verbessern. Wie weit diese reicht, erwies sich während des Kanzlerbesuchs: Die Luftwaffe beteiligte sich mit einem A400M-Transportflugzeug und rund 100 Soldaten an einer zehntägigen bilateralen Übung zur Evakuierung Verwundeter auf der südwestjapanischen Insel Okinawa. Erleichtert werden solche Übungen durch das 2024 in Kraft getretene Abkommen über die gegenseitige Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen (ACSA), das den Austausch von Versorgungsgütern wie Treibstoff und Ersatzteilen regelt.

Neue Möglichkeiten für rüstungsindustrielle Projekte

Noch am Anfang steht die Zusammenarbeit dagegen im Bereich der Rüstungsindustrie, obwohl gerade hier der Nutzen besonders groß wäre. Gemeinsame Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben erlauben es beiden Ländern, Investitionskosten zu teilen,

industrielle und technologische Kompetenzen zu bündeln und durch größere Produktionsvolumina Skaleneffekte zu erzielen. Überdies schaffen sie verlässlichere Absatzperspektiven für die beteiligten Unternehmen und können helfen, Produktionsengpässe im Krisenfall abzufedern. So könnte ein enger verzahntes rüstungsindustrielles Ökosystem entstehen, das die Abschreckung in Europa und im Indo-Pazifik stützt.

Dass dieses Potential bislang kaum ausgeschöpft wird, hat historische Gründe. Beide Länder waren in ihrer Sicherheitspolitik nach 1945 von einer Kultur des Antimilitarismus geprägt, besonders Japan, dessen Rüstungsexportpolitik faktisch einem Exportverbot gleichkam. Seine Rüstungsindustrie produzierte fast ausschließlich für den heimischen Markt und kooperierte international nur mit dem Bündnispartner USA. In den vergangenen Jahren hat Japan seine Exportbestimmungen schrittweise gelockert und im April 2026 grundlegend geändert. Seither dürfen letale Waffensysteme auch in Länder geliefert werden, mit denen Japan ein Abkommen über den Transfer von Rüstungsgütern geschlossen hat. Da ein solches Abkommen mit Deutschland schon seit 2017 besteht, eröffnen sich nun neue Spielräume für die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit.

In ihrer Gipfelerklärung vom Oktober 2026 bekräftigten die beiden Länder den Willen, diese Möglichkeiten zu nutzen. Obwohl sich die militärischen Anforderungen Deutschlands und Japans aufgrund ihrer kontinentalen beziehungsweise maritimen Ausrichtung teilweise unterscheiden, bestehen in vielen Bereichen gemeinsame Fähigkeitsbedarfe. Außerdem verfügen beide Länder über technologische Stärken, die einander ergänzen. Für Deutschland von Interesse sind Japans Fähigkeiten in Bereichen wie Hyperschalltechnologie, Weltraum, Luftverteidigung und Sensorik sowie bei Abstandswaffen. Da die Fertigungskapazitäten in Deutschland und Japan weitgehend ausgelastet sind, bieten sich vor allem gemeinsame Entwicklungsvorhaben an, in deren Rahmen sich auch die rüstungsindustrielle Basis erweitern lässt. Neben bilateralen Vorhaben sollte Deutschland auf EU-Ebene — etwa im Rahmen der EU-Japan Security and Defence Partnership — Chancen ausloten, Japan stärker in europäische rüstungsindustrielle Programme und Fördervorhaben einzubinden. Zudem sollte Deutschland die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit mit Japan auch im Nato-Rahmen stärken und die Entwicklung hin zu mehr geteilten Standards forcieren.

Als konkretes Feld für die bilaterale Zusammenarbeit wurden in der Gipfelerklärung unbemannte Systeme erwähnt, in die beide Länder bereits massiv investieren. Erste industrielle Vorhaben zeigen das Potential konzertierter Anstrengungen: Beim europäischen Programm Eurodrone, einer großen Langstreckendrohne für Aufklärung, genießt Japan seit 2023 Beobachterstatus. Im Juni 2026 vereinbarten Airbus und Kawasaki Heavy Industries, Möglichkeiten für die Entwicklung einer japanischen Variante zur U-Boot-Jagd zu prüfen. Eine solche Drohne wäre für die maritime Überwachung im Indo-Pazifik ebenso wie in Europa nützlich — und hätte auch beachtliches Exportpotential. Zudem drängen deutsche Start-up-Unternehmen auf den japanischen Markt. Der Drohnenhersteller Helsing, der mit der japanischen Firma Rakuten kooperiert, hofft nach abgeschlossenen Feldtests seiner Angriffsdrohne HX-2 bei den japanischen Landstreitkräften auf einen Beschaffungsauftrag. Engere Kooperation verspricht auch auf industrieller Ebene einen Mehrwert. Während deutsche Firmen wertvolle operative Erkenntnisse aus dem Ukraine-Krieg mitbringen, verfügt die japanische Seite etwa über Schlüsselkompetenzen beim Aufbau von Lieferketten abseits von China.

Beim Gipfeltreffen sprach Merz auch über einen eventuellen deutschen Einstieg in das Global Combat Air Programme (GCAP), mit dem Japan, Großbritannien und Italien zusammen ein Kampfflugzeug der nächsten Generation entwickeln. Nach dem Scheitern des deutsch-französisch-spanischen Kampfjet-Projekts FCAS könnte die Beteiligung am GCAP Deutschland

einen vergleichsweise schnellen Zugang zu einem bereits fortgeschrittenen Entwicklungsprogramm mit finanzstarken, strategisch wichtigen Partnern eröffnen. Allerdings sind die industriellen Anteile innerhalb des GCAP schon weitgehend verteilt, und Japan drängt darauf, den verabredeten Zeitplan des Projekts einzuhalten. Unter der Annahme, dass das GCAP den militärischen Anforderungen Deutschlands grundsätzlich gerecht wird, müsste daher rasch eine pragmatische Lösung gefunden werden, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt.

Weitere Dimensionen sicherheitspolitischer Kooperation

Die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit mit Japan sollte Deutschland durch gemeinsame Übungen und einen engen personellen Austausch, etwa über Verbindungsoffiziere, flankieren — auch wenn die Landes- und Bündnisverteidigung für die Bundeswehr oberste Priorität hat. Um die Durchführung solcher Übungen zu erleichtern, sollten die beiden Länder Verhandlungen über ein Truppenstationierungsabkommen (ein sogenanntes Reciprocal Access Agreement) aufnehmen, wie es Verteidigungsminister Boris Pistorius bereits im März 2026 vorgeschlagen hatte. Damit würden sie gleichzeitig die in der Gipfelerklärung formulierte Absicht konkretisieren, bessere Rahmenbedingungen für die operative Zusammenarbeit der Streitkräfte zu schaffen.

Ein weiteres Feld mit erheblichem Kooperationspotential ist die Weltraumsicherheit, in die Deutschland und Japan massiv investieren. Die bislang zivil geprägte bilaterale Zusammenarbeit im Weltraum sollte daher auf sicherheitsrelevante Themen ausgeweitet werden. Dabei ist die geographische Distanz eher ein Vor- als ein Nachteil. Der Austausch von Satellitendaten und Analyseergebnissen könnte die Aufklärung in Europa wie im Indo-Pazifik verbessern. Auch bei der Überwachung des Weltraums selbst ist es vorteilhaft, wenn es unterschiedliche geographische Standorte gibt. Räumlich verteilte Sensoren und Bodenstationen ermöglichen eine bessere Abdeckung, die gegenseitige Verifizierung von Beobachtungen und eine höhere Ausfallsicherheit. Die beiden Regierungen sollten daher konkrete Formate für die gemeinsame Nutzung ihrer Weltraumfähigkeiten schaffen und deren Umsetzung politisch vorantreiben.

Die Gipfelerklärung vom Oktober 2026 sieht auch eine engere Zusammenarbeit beim Schutz gegen ausländische Informationsmanipulation (Foreign Information Manipulation and Interference, FIMI) vor. Berlin und Tokio wollen hierzu den Austausch von Lageeinschätzungen und bewährten Verfahren intensivieren, um Manipulationsversuche besser zu erkennen und die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken. Dabei können beide von den Erfahrungen des jeweils anderen profitieren und gemeinsame Maßnahmen entwickeln.

Ausblick: Schwung für die deutsch-japanischen Beziehungen

Deutschland und Japan gewinnen füreinander an strategischer Bedeutung. Beide wollen ihre wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und Verteidigungsfähigkeit steigern sowie eine regelbasierte internationale Ordnung bewahren. Ihre komplementären Stärken bieten eine tragfähige Grundlage, um diese Ziele vereint zu erreichen. Die Themen wirtschaftliche Sicherheit sowie Sicherheits- und Verteidigungskooperation, welche beim Gipfeltreffen in den Mittelpunkt rückten, sind dabei eng miteinander verknüpft. Ohne resiliente Lieferketten, technologische Innovationskraft und leistungsfähige industrielle Kapazitäten lassen sich weder wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit noch glaubwürdige Abschreckung dauerhaft sichern.

Um dem Anspruch einer Premiumpartnerschaft gerecht zu werden, müssen beide Länder allerdings noch stärker in die praktische Umsetzung ihrer gemeinsamen Agenda investieren. Zwar wurden in den Gipfelerklärungen wichtige Ansatzpunkte

formuliert und der politische Wille zur vertieften Zusammenarbeit bekräftigt. Doch den zahlreichen politischen Absichtserklärungen stehen bisher kaum konkrete Vorhaben gegenüber. Lücken klaffen in erster Linie bei Themen wie der Sicherung kritischer Rohstoffe oder rüstungsindustriellen Projekten.

Die Voraussetzungen für engere Zusammenarbeit sind heute günstiger als noch vor wenigen Jahren. Deutschland hat seinen Kurs gegenüber China angesichts sicherheits- und wirtschaftspolitischer Herausforderungen neu justiert und sich damit der japanischen Perspektive angenähert. Gleichwohl bestehen nach wie vor Unterschiede in Bedrohungswahrnehmung und strategischen Prioritäten. In Berlin wird China weiterhin vorwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, während in Tokio die unmittelbare sicherheitspolitische Bedrohung die Sicht der Dinge bestimmt. Deswegen gilt das Augenmerk beider Länder zuerst dem eigenen regionalen Umfeld. Deutschland richtet es auf Europa und die Zusammenarbeit in EU und Nato, Japan auf den Indo-Pazifik und sein Bündnis mit den USA. Wachsende Zweifel an der Verlässlichkeit der USA lenken den Blick beider Regierungen jedoch vermehrt auf die bilaterale Partnerschaft.

Um das Potential der Partnerschaft zu erschließen, bedarf es daher einer stärkeren politischen Steuerung. Die Zusammenarbeit muss sich gegen konkurrierende innen- und außenpolitische Prioritäten behaupten. Innenpolitische Reformagenden, wirtschaftlicher Handlungsdruck und die Bewältigung akuter außenpolitischer Krisen binden Aufmerksamkeit und Ressourcen beider Regierungen. Daher sollte die bilaterale Kooperation ressortübergreifend als Teil einer gemeinsamen strategischen Agenda vorangetrieben werden. Dazu gehört auch, bestehende Zielkonflikte zu bearbeiten, etwa wenn europäische industriepolitische Maßnahmen die Einbindung japanischer Unternehmen erschweren. Notwendig für die Umsetzung konkreter Kooperationsvorhaben sind zudem klare Zuständigkeiten, verbindliche Zeitpläne und ausreichende Ressourcen sowie der Abbau bestehender Verfahrenshürden.

Die kommenden zwei Jahre bieten Gelegenheit, den politischen Schwung des Gipfels zu nutzen und die Zusammenarbeit weiter zu konkretisieren. Mit den für 2027 geplanten Regierungskonsultationen und 2+2-Gesprächen stehen dafür bereits weitere hochrangige Austauschformate an. Auch Japans Rolle als Partnerland der Hannover Messe 2028 eröffnet Möglichkeiten, die wirtschaftliche Kooperation sichtbar zu machen. Ein regelmäßiger parlamentarischer Austausch kann dazu beitragen, die politische Aufmerksamkeit für die Partnerschaft aufrechtzuerhalten. Ferner sollte die bilaterale Zusammenarbeit eng mit den Formaten der EU und der Nato verzahnt werden, damit sie auch über den deutsch-japanischen Rahmen hinaus Wirkung entfaltet.

Dr. Alexandra Sakaki ist Stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Asien.
Die Autorin dankt Simona Beckemeier für ihre Unterstützung bei der Recherche.

Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3—4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A57